

140 Musikschullehrer sind nervös

Instrumentalunterricht Der Musikschulunterricht an Luzerner Kantonsschulen soll neu von den Musikschulen der Gemeinden angeboten werden. Das bedeutet für die Lehrer: mehr Arbeit bei gleichem Lohn.

Urs-Ueli Schorno
ursueli.schorno@luzernerzeitung.ch

Die Regierung will den Instrumentalunterricht im Kanton Luzern umkrempeln: Der freiwillige und der obligatorische Teil des Instrumentalunterrichts an Kantonsschulen sollen ab dem Schuljahr 2020/2021 an die Gemeindefachschulen übertragen werden. Der Kanton wird so mit jährlich 1,8 Millionen Franken entlastet, die Gemeinden um den gleichen Betrag belastet. So sieht es die umstrittene Aufgaben- und Finanzreform 18 vor (Ausgabe vom 14. November 2018).

Die Massnahme strebt an, dass der Kanton sich auf den für die Matura obligatorischen Unterricht beschränkt. Auch eine Vereinheitlichung des Personalwesens soll erwirkt werden. Die Personaladministration würde neu zentral von der Dienststelle Personal des Kantons übernommen. Dies entspreche einem im Rahmen der Vernehmlassung breit geäusserten Wunsch. «Die bisherige Parallelstruktur führte zu Spannungen zwischen dem Kanton und den Gemeinden», sagt Magno Aldo, Leiter der Dienststelle Gymnasialbildung beim Kanton Luzern. «Es ist der politische Wille, diese Unterschiede zu bereinigen.»

Weniger Lohn für Musiklehrer an Gymnasien

Doch jede Medaille hat bekanntlich eine Kehrseite: Durch die Übertragung des Instrumentalunterrichts an Gymnasien vom Kanton zu den Gemeinden würden beim Kanton rund 35 Vollzeitstellen abgebaut, die bisher auf etwa 140 Personen verteilt sind. Diese bisherigen Musikschullehrer an den Gymnasien sollen neu zu den Bedingungen von jenen der kommunalen Musikschulen angestellt werden. Dies hat zur Konsequenz, dass es eine Verschiebung in den Pensen gibt: der obligatorische Unter-



Der Musikunterricht im Kanton soll neu organisiert werden – nicht zur Freude aller Musikschullehrer. Bild: Pius Amrein (Grosswangen, 5. Februar 2013)

richt wird besser gestellt als der freiwillige. «Es wird weiterhin Arbeit vorhanden sein, aber bei den Anstellungsbedingungen gibt es Gewinner und Verlierer», kommentiert Aldo Magno. Konkret: Ein Lehrer an der kommunalen Musikschule muss heute vier Lektionen mehr arbeiten, also 38 Lektionen, während der Musiklehrer an der Kantonsschule mit 34 Lektionen vollbeschäftigt ist. Fortan sollen Lehrer nur beim obligatorischen Musikunterricht für die Matura von einer tieferen Unterrichtsverpflichtung profitieren. Der Kanton wird die Gemeinden dort im Rahmen einer Leistungsvereinbarung für den Mehraufwand entschädigen.

Noch schmerzhafter: Lehrpersonen, die von einer Kantons- oder Fachmittelschule an eine

Lehrerverbände wehren sich

Stellungnahme Der Kanton will den Instrumentalunterricht an Kantonsschulen zur Gemeinde-sache erklären. Beim freiwilligen Unterricht müssen deshalb 140 Lehrer mit Lohnkürzungen rechnen. «Wir sind dagegen, dass Lehrpersonen von Kantonsschülern neu tiefer eingestuft werden durch ihren Wechsel an die kommunalen Musikschulen», heisst es in der Stellungnahme zur Vernehmlassung seitens der Musiklehrpersonen des Kantons Luzern (MLV). Der Verband hat gemeinsam mit dem Luzerner Lehrerinnen- und Lehrerverband Stellung bezogen. Weiter sei das Vorhaben

gemäss Kantonsgerichtsurteil von 2016 gesetzeswidrig.

Regula Ineichen, Präsidentin des MLV, weiss derzeit nicht, wie man konkret reagiert, wird die Neuregelung vom Kantonsrat tatsächlich beschlossen. «Dafür ist es noch zu früh.» Der Verband stellt weitere Ansprüche in den Raum: Etwa bezüglich der Pensionskasse. «Die Musikschullehrer an Kantonsschulen waren bisher bei der Pensionskasse versichert, auch wenn sie nur eine Stunde unterrichteten. Das fordern wir auch künftig», so Ineichen. Bei den Gemeinden sei dies erst ab vier Stunden wöchentlich

der Fall. Kein Gefallen findet der MLV weiter daran, verstärkten Gruppenunterricht per Gesetz festzuschreiben: «Es kann pädagogisch sehr sinnvoll sein, dass Schüler in Gruppen musizieren – aber Gruppenunterricht sollte nicht als Sparmassnahme zwingend werden.»

Im Zuge dieser Neuorganisation würde sich auch die Anzahl der Musikschulen von heute 35 auf 20 reduzieren. Auch dann, so Ineichen, müsse gewährleistet sein, dass Kantonsschüler vor Ort ihren Instrumental- oder Gesangsunterricht besuchen könnten. (uus)

kommunale Musikschule wechseln, sollen neu eine Lohnklasse tiefer eingereiht werden. Die Diskussion über diese Herabstufung wurde schon im Rahmen des Sparpakets der Regierung 2015 heftig geführt. Im Durchschnitt bedeute das je eine Einbusse von 5000 Franken jährlich, rechnet Marc Hunziker, Fachvorstand der kantonalen Instrumentallehrpersonen, damals vor. Er legte vor Kantonsgericht Beschwerde ein und bekam Recht: Auch bei einer Einteilung in eine tiefere Lohnklasse dürfe der Lohn nicht gekürzt werden, hielt das Gericht fest. Auf dieses Urteil stützt sich nun der Berufsverband der Musiklehrpersonen des Kantons Luzern (MLV). Er wehrt sich gegen die Herabstufung (siehe Kasten).

Schüler sollen nichts merken

Aldo Magno ist sich bewusst, dass nun Nervosität herrscht. Vor allem bei den betroffenen Lehrpersonen. «140 Leute sind beunruhigt – ihre Sorgen müssen wir ernst nehmen.» Man sei im Gespräch mit den Lehrpersonen und den Schulverantwortlichen. «Die Umsetzung organisieren können wir aber erst, wenn die politischen Weichen gestellt sind.» Die Lehrpersonen und Standortgemeinden würden in die Projektorganisation eingebunden, und man müsse gemeinsam «eine vernünftige Umsetzung» des politischen Entscheides anstreben. «Damit die Leute weiterhin eine Anstellung finden, braucht es eine gute Zusammenarbeit zwischen dem jeweiligen Kantonsschulstandort und der betroffenen Musikschule.» Er sei aber zuversichtlich, «dass wir das hinbringen». Und das Wichtigste ist aus seiner Sicht: «Wenn die Schüler weiterhin musizieren können und von der Massnahme nichts bemerkt, dann ist die Massnahme einigermaßen gut umgesetzt.»

ANZEIGE

Unternährer
— m o d e —

**JACKEN
MÄNTEL**

Cinzia Rocca – Schneiders
Greenstone – Fuchs & Schmitt
Christ Leather – Christia Italia
Jose Roca – Bauer

Unternährer Mode
Morgartenstr. 11, Luzern
Eigenes Pelzatelier
Tel. 041 210 11 88
www.unternaehrer-mode.ch

Hitzkirch beantragt Steuersenkung

Finanzen Bald befinden die Stimmbürger von Luzerner Gemeinden über das Budget für 2019. Vielerorts stehen grössere Bauvorhaben bevor.

Eschenbach

Das Budget 2019 weist ein Plus von 7000 Franken aus (Gesamtaufwand: knapp 39 Millionen Franken). Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf 8,3 Millionen Franken. Der Steuerfuss bleibt unverändert bei 1,5 Einheiten. Neu ist das Kieswerk in der Rechnung aufgeführt. Dessen Ablieferung (2,3 Millionen Franken), sowie Steuererträge (8,6 Millionen) und Schulgeld-Beiträge (2,7 Millionen) stellen die grössten Einnahmequellen der Gemeinde dar. Die Stimmbürger befinden am 4. Dezember zudem über einen Sonderkredit von 1,2 Millionen Franken für eine Förderbandverlängerung im Kieswerk.

Fischbach

Der Gemeinderat rechnet fürs 2019 mit einem Aufwandüberschuss von knapp 45000 Fran-

ken (Gesamtaufwand: 4,5 Millionen Franken). Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf gut 300 000 Franken. Der Steuerfuss soll bei 2,4 Einheiten belassen werden. Die Budgetversammlung von Fischbach findet am 4. Dezember statt.

Hitzkirch

Der Gemeinderat rechnet fürs 2019 mit einem Aufwandüberschuss von gut 380 000 Franken (Gesamtaufwand: 37,4 Millionen Franken). Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf knapp 3,3 Millionen Franken. Der Steuerfuss soll auf 2,0 Einheiten gesenkt werden. Im Vorjahr lag dieser bei 2,15 Einheiten mit 0,1 Einheiten Rabatt. Zudem befinden die Stimmbürger am 10. Dezember über einen 2,1-Millionen-Franken-Kredit für den Bau eines Dreifach-Kindergartens sowie einen 370 000-Franken-Planungs-

kredit für den Bau eines Mehrzweckgebäudes.

Reiden

Der Gemeinderat rechnet fürs Jahr 2019 mit einem Ertragsüberschuss von rund 207 000 Franken (Gesamtaufwand: knapp 44 Millionen Franken). Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf rund 7 Millionen Franken. Hauptsächlich fallen diese Kosten für den Schulhausneubau in Reiden Mitte an – fürs Jahr 2019 sind dies 4 Millionen. Der Steuerfuss bleibt bei 2,3 Einheiten. Ferner befinden die Stimmbürger am 5. Dezember über zwei Abrechnungen von Sonderkrediten.

Roggiswil

Das Budget 2019 sieht einen Ertragsüberschuss von knapp 20 000 Franken vor (Gesamtaufwand: 4,1 Millionen Franken).

Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf knapp 450 000 Franken. Der Steuerfuss bleibt bei 2,2 Einheiten. Überdies stellt sich den Stimmbürgern an der Versammlung vom 5. Dezember der Spitzverein Pfaffnau-Roggiswil-Altbüren vor.

Wauwil

Das Budget 2019 weist ein Minus von rund 197 000 Franken aus (Gesamtaufwand: 11,1 Millionen Franken). Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf knapp 990 000 Franken. Der Steuerfuss bleibt bei 2,15 Einheiten. Der Gemeinderat hat unter anderem eine Erhöhung seiner Pensen von bisher 138 auf neu 170 Stellenprozent budgetiert. Ferner befinden die Stimmbürger am 4. Dezember über zwei Kredite zur Erschliessung des Glasi-Areals. Zudem wird an diesem Abend der Prix Engagement verliehen. (fi)